Corporate Europe Observatory

LOBBY CONTROL

23. Juni 2020

Wir, die mitzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Deutschland und ganz Europa, fordern von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dass sie neue Maßstäbe für Transparenz und Rechenschaftspflicht setzt und bei den anstehenden Herausforderungen dem Gemeinwohl immer oberste Priorität gibt.

Drei große Ziele muss die deutsche EU-Ratspräsidentschaft angehen: Die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen, die Beendigung von Ungleichheiten und der Kampf gegen die Klimakrise. Diese Herausforderungen müssen gemeinsam angegangen werden – auf der Grundlage von Demokratie, Rassismusbekämpfung, Menschenrechten, sozialen Grundrechten und internationaler Solidarität. Anstatt Rettungspakete für Klimasünder und Steuervermeider zu schnüren und sinnvolle Vorschriften unter dem Druck mächtiger Unternehmen und ihrer Verbände aufzuweichen (Stichwort „Coronawashing"), brauchen wir jetzt neue Visionen, die auf fortschrittlichen Alternativen aufbauen und bestehende Ungleichheiten abschaffen. **Die deutsche Ratspräsidentschaft muss diese Chance nutzen und Konzerninteressen endlich hintanstellen. Das Gemeinwohl muss künftig oberste Priorität haben.**

Die europäische Zivilgesellschaft, Parlamentsabgeordnete aus mehreren EU-Ländern und die Europäische Ombudsfrau – sie alle haben bereits den entschiedenen Mangel an Transparenz in der Entscheidungsfindung im Rat der Europäischen Union und die damit verbundenen Lobbyaktivitäten kritisiert. Die Öffentlichkeit ist außen vor. EU-Bürger*innen erfahren nichts darüber, wie EU-Gesetzesvorlagen im Rat vorankommen, nichts über die Positionen ihrer Regierungen und nichts über die geheimen Deals zwischen Mitgliedstaaten, um zu einem Ergebnis zu kommen. Auch in den Mitgliedsländern selbst herrscht selten Offenheit darüber, wie die Regierung sich in EU-Angelegenheiten positioniert. Während es Konzernlobbys mit den entsprechenden Ressourcen und Netzwerken gelingt, sich Gehör zu verschaffen, wird die Zivilgesellschaft meist vor vollendete Tatsachen gestellt. Das Resultat ist ein eklatantes Demokratiedefizit.

Das alles muss sich dringend ändern. Daher fordern wir:

1. **Die EU-Ratspräsidentschaft darf Konzerninteressen nicht über das öffentliche Interesse stellen.** Es muss Schluss sein mit privilegierten Zugängen großer Konzerne und einseitigen Klüngelrunden mit mächtigen Lobbygruppen.

2. Im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft muss Deutschland sich für eine **Reform der EU-Gesetzgebungsverfahren** einsetzen, insbesondere mit Blick auf **mehr Transparenz** in der Ratsarbeit. Die Bürger*innen müssen Gesetzesinitiativen von ihrer Entstehung an verfolgen können und über die Position, die ihre Regierung dazu einnimmt, informiert werden.

3. Deutschland muss als gutes Beispiel vorangehen und für **vollständige Lobbytransparenz** sorgen. Dazu gehören: die **Veröffentlichung aller Treffen zwischen Regierungsmitgliedern und Lobbyist*innen**, ein **„legislativer Fußabdruck"** und ein **umfassendes Lobbyregister**. Deutschland sollte auf jegliches Sponsoring seiner Ratspräsidentschaft durch Unternehmen verzichten.

4. EU-Bürger*innen sollten das Recht haben, sowohl über **Entscheidungen ihrer Regierung in EU-Angelegenheiten** informiert zu werden als auch selbst ihre Meinung dazu abzugeben. Die Bürger*innen dürfen nicht länger aus diesem Prozess ausgeschlossen werden.

tax justice
network

tni
transnationalinstitute

IM

Stop Wapenhandel

NATURE &
PROGRÈS
BELGIQUE

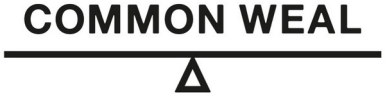
NETZWERK
STEUER·
GERECHTIGKEIT

Friends of
the Earth
Europe

GONG

ecologistas
en acción

CHEMTrust
Protecting humans and wildlife
from harmful chemicals


COMMON WEAL

DEMOCRACY INTERNATIONAL

DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING

FOOD &
WATER
ACTION
EUROPE

foodwatch
international

INŠTITÚT ĽUDSKÝCH PRÁV
HUMAN RIGHTS INSTITUTE

CBG

urgewald

global witness

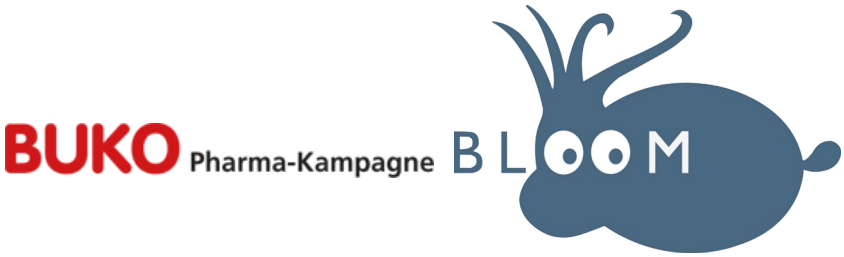
ALTER-
EU

Observatoire
des multinationales
social, écologique, politique

Commons
Network

EDRi

Our Fish


BUKO
Pharma-Kampagne
BLOOM

AK
EUROPA

ENAAT
european network against arms trade

WIR HABEN
AGRARINDUSTRIE
SATT!

350

access
!Nfo
www.access-info.org

INKOTA
netzwerk

Umweltinstitut
München e.V.

GOLIATH WATCH

LINGO
Leave it in the Ground Initiative

CIVIL
SOCIETY
EUROPE

attac

OXFAM
Deutschland

attac

European Alliance for
Responsible R&D and Affordable Medicines